

Vierteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/4 Sgr. Inventionsgebühr für den
Raum einer fünfseitigen Zeile in Petitdruck
1/4 Sgr.

Expedition: Petersstraße Nr. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

Mittagsblatt.

Freitag den 6. Juni 1856.

Nr. 260.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Turin, 3. Juni. Nach der „Union“ wolle Graf Cavour behufs der italienischen Frage abermals nach Paris gehen.

Wien, 5. Juni, Nachmittags 12 1/2 Uhr. Die gestrigen niedrigen Notirungen der pariser Rente drückten die Course.

Silber-Anleihe 89. 5pSt. Metalliques 83 1/2. 4 1/2 pSt. Metalliques 74. Bankaktien 1128. Bank-Int.-Scheine 372. Nordbahn 300 1/2. 1854er Loose 108 1/2. National-Anleihe 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 249. Credit-Aktien 382. Lond. 10. 03. Hamb. 74 1/2. Paris 119. Gold 5 1/2. Silber 3. Elisabethbahn 112 1/2. Lombard. Eisenbahn 129 1/2. Theißbahn 107 1/2. Centralbahn 100.

Frankfurt a. M., 5. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Sämmtliche Fonds und Aktien in stauer Haltung und niedriger. — Schluß-Course:

Wiener Wechsel 117. 5pSt. Metalliques 81. 4 1/2 pSt. Metalliques 72 1/2. 1854er Loose 106 1/2. Oesterreich. Nat.-Anleihe 82 1/2. Oesterreich. Franzöf. Staats-Eisenbahn-Aktien 286 1/2. Oesterreich. Bank-Antheile 1313. Oesterreichische Credit-Aktien 235.

Hamburg, 5. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Sehr geringes Geschäft. — Schluß-Course:

Oesterreichische Loose 107 1/2 Br. Oesterreich. Credit-Akt. —. Oesterreich. Eisenbahn-Aktien —. Wien —.

Hamburg, 5. Juni. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen sehr fest, bis jetzt wenig Geschäft. Del sehr stille; pro Juni 27, pro Herbst 27 1/2. Kaffee fest, 4 1/2, 4 1/4.

Telegraphische Nachricht.

Koburg, 5. Juni. Die Koburg-gothaer Kredit-Gesellschaft ist konstituiert, Kapital 10 Millionen Thaler. Keine Subskription. — Die Gründer sind Kommerzien-Rath Hoffmann und General-Konful v. Bartels in Koburg, Jakobson & Rief, Dr. Hüner aus Berlin, Graf Gerverden, E. Salice, Cretel & Comp., J. A. Frank in Breslau, L. A. Niedinger in Augsburg, Hammer & Schmidt in Leipzig, Knauth, Raschod und Kühne in Leipzig und Newyork, S. D. Fleischl in Leipzig, Wien und Pesth, Filialen und Kommanditen in Leipzig, Berlin, Breslau, Wien, Pesth und Newyork werden sofort errichtet. (W. B.-Ztg.)

Preußen.

Berlin, 5. Juni. [Amtliches.] Die Registratur-Assistenten bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Schmidt, Tauß und Lohff sind zu Geheimen Registratoren ernannt worden.

Berlin, 5. Juni. Von der russisch-preussischen Grenze wird vom 3. Juni die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers heute gemeldet. Die Einrichtungen waren in der Voraussetzung getroffen, daß der Kaiser in Tauroggen nächtigen werde. Es hatten sich aus den kleineren Garnisonen in der Nähe der Grenze zahlreiche Militärpersonen eingefunden, um dem Kaiser einen militärischen Empfang zu bereiten. Die preussischen Militär- und Civilbehörden in den Grenzorten hatten sich gleichfalls an den Punkten, welche der Kaiser passieren sollte, aufgestellt. Offizielle Empfangsfeierlichkeiten wurden preussischerseits nicht veranstaltet.

— In der vorigen Woche ist in der Sundzoll-Angelegenheit eine offizielle Mittheilung aus Kopenhagen hier eingetroffen, welche die Hoffnungen auf eine gütliche Ausgleichung belebt zu haben scheint. Man glaubt, daß abgesehen von den Verhältnissen Dänemarks zu Nordamerika in dieser Frage, die Verhandlungen schon in den nächsten Tagen in Kopenhagen wieder aufgenommen werden dürften.

— Unter den Anträgen, welche für die bevorstehende Zollkonferenz in Eisenach vorbereitet werden, bezieht sich einer auf eine schon längst als nothwendig erkannte Modifikation der Grundsätze über den Zoll-Kredit.

— General v. Wrangel hat auch in diesem Jahre von dem Könige das Schloß zu Steglitz zu seinem Sommerstüb überwiehen erhalten und wird dasselbe, das bereits zu seiner Aufnahme völlig eingerichtet ist, schon in diesen Tagen beziehen. — Der General-Adjutant des Königs, General der Infanterie, v. Neumann, begibt sich in diesen Tagen zum Gebrauch einer mehrwöchentlichen Kur nach Teplitz.

— Der Cameriere segreto des Papstes, Fürst Lichnowsky, wird auf seiner jetzigen Reise nach Deutschland, die kirchlichen Zwecken nicht fremd sein soll, auch hier erwartet. — Der bei der hiesigen kaiserlich-russischen Gesandtschaft attachirte Bevollmächtigte für die Militär-Angelegenheiten, General-Adjutant des Kaisers von Rußland, Graf von Bendendorff, dessen Abberufung von seinem hiesigen Posten, wie die „B. Z.“ hört, erfolgt sein soll, wird in kurzem Berlin verlassen und nach St. Petersburg zurückkehren, um eine Stellung in der Umgebung des Kaisers einzunehmen. Ein Nachfolger desselben ist noch nicht ernannt.

— Aus Potsdam wird unterm 4. ein neuer am Abend vorher auf der Eisenbahn vorgekommener Unglücksfall gemeldet. Von dem um 5 Uhr von Berlin abgegangenen Zuge wurde in Nowawes ein Kind überfahren und getödtet, welches unter der Barriere, die auf beiden Seiten die Eisenbahn von der Straße des Ortes abschließt, durchgetroffen war und auf den Schienen von dem heranbraufenden Zuge überfahren wurde. Vergebens war der Versuch, den Zug zu bremsen. Als er endlich zum Stehen gebracht werden konnte, war es zu spät.

— Wie die „Gerichts-Zeitung“ meldet, hat auf Grund einer Verfügung des königl. Kammergerichts der Untersuchungsrichter des hiesigen königl. Staatsgerichts die Redakteure und verschiedenen Mitarbeiter der „Gerichts-Ztg.“ und des „Publizisten“ darüber vernommen, von wem die in diesen Blättern abgedruckten, das Resolutionsgesuch des Raubmörders Püttlich betreffenden Mittheilungen verfaßt und aus welcher Quelle sie geschöpft sind. — Es werde nämlich aus diesen Artikeln geschlossen, daß irgend ein Gerichtsbeamter die Pflicht der Amtsverschwiegenheit verlegt habe, und solle, wenn festgestellt wird, daß sich in die-

sem Falle ein Gerichtsbeamter dieses Vergehens schuldig gemacht hat, gegen denselben eingeschritten werden. (Berl. Bl.)

Sanssouci, 5. Juni. [Se. Majestät der Königin] nahm gestern Vormittag mehrere Meldungen entgegen; empfing Se. Hoheit den Erbprinzen von Anhalt-Deßau, Höchstwelder Abends zuvor in Potsdam eingetroffen war, und machte demnächst mit Ihren Majestäten der Kaiserin, der Königin, Ihren königlichen Hoheiten der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwewin und der Prinzessin Friedrich der Niederlande eine Spazierfahrt. Nachdem Ihre Majestäten noch den Besuch Ihrer Hoheit der Herzogin von Sachsen-Altenburg empfangen hatten, ertheilte Se. Majestät der Königin dem badenschen Gesandten Freiherrn v. Meyenburg die Abschieds-Audienz, arbeitete dann mit dem Minister-Präsidenten und demnächst mit dem Geheimen Rabinetsrath Illaire.

Mittags fand Familien-Diner auf Sanssouci statt, an welchem auch Ihre Majestät die Königin von Baiern theilnahm und wozu auch Ihre königliche Hoheit der Großherzogin und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz von Berlin eintrafen. Nach demselben traten Ihre königliche Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg Höchstherr Reise nach Stuttgart an. Zu Abend waren die sämtlich hier anwesenden allerhöchsten und höchsten Herrschaften bei Ihren Majestäten auf Sanssouci versammelt. (St. Anz.)

Königsberg, 3. Juni. Se. Majestät der Kaiser von Rußland traf um 5 Uhr 45 Minuten hier ein. Se. Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen zahlreiche Gefolge wurde beim Aussteigen aus dem königlichen Salonwagen von Sr. Excellenz dem kommandirenden General v. Werder, von dem Regierungs-Präsidenten v. Kops, dem Stadtkommandanten General-Major v. Rühl, dem Polizei-Präsidenten Nauack und dem kaiserl. russischen General-Konful v. Adelson empfangen und begab Allerhöchstherr nach den königl. Empfangsgemächern, woselbst ein Diner stattfand. Die Tafel währte bis gegen 7 Uhr. Um 7 Uhr Abends bestieg Se. Majestät den an dem Empfangsgebäude stehenden Reisewagen und setzte die Reise nach Petersburg fort.

[Armierung der königl. Burg Hohenzollern.] Wie der „Fr. Postztg.“ aus Mainz geschrieben wird, waren dort am 2. Juni zur Armierung der königl. Burg Hohenzollern von Koblenz auf einem Segelschiff vier Sechspfündergeschütze (3 Batterie) eingetroffen, welche auf der Mainz-Ludwigsbasener Eisenbahn weiter befördert werden. Ein Detachement preussischer Artillerie wird nächstens nach der Burg Hohenzollern kommandirt werden, auch ein königl. preussisches Bataillon Infanterie wird als Garnison nach den beiden Fürstenthümern kommen.

Deutschland.

Gotha, 2. Juni. In der heutigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtages nahm derselbe die auf die Justiz-Organisation bezüglichen, noch unerledigt gebliebenen Gesetze im Betreff der Einführung der schon angenommenen Strafprozess-Ordnung, der Organisation der Behörden, der Zuständigkeit der Gerichte in bürgerlichen Rechtsfällen und der Aufhebung des privilegierten Gerichtsstandes der Personen und Sachen nebst den Uebergangsbestimmungen für die beiden letzteren Gesetze fast ohne Debatte an.

3. Juni. Der gemeinschaftliche Landtag ist heute durch den Staatsminister von Seebach vertagt worden und hat demnach voraussichtlich, da das Mandat der Abgeordneten mit Ende dieses Monats abläuft, heute seine letzte Sitzung gehalten. In derselben kam noch der Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Todesstrafe, der auf Antrag der Sonderlandtage ausgearbeitet, vom gemeinschaftlichen Landtage aber bis zur Erledigung der Organisations-Vorlagen zurückgeschoben worden war, zur Beratung und Beschlußfassung, indem die Majorität der Rechtskommission die unveränderte Annahme des Entwurfs unter der Voraussetzung der Publikation und Ausführung der in den letzten Tagen genehmigten Gesetzentwürfe befristete, die Minorität der Kommission aber die Ablehnung des Entwurfs beantragte. Von der Minorität wurde namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf beantragt, und es erklärten sich bei derselben 13 gegen 6 Stimmen für die Wiedereinführung der Todesstrafe. (L. Z.)

Kassel, 3. Juni. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer der Ständeversammlung machte der Präsident derselben Mittheilung über die seither eingelaufenen Eingaben und über die Lage der Geschäfte des Landtages. (Kass. Z.)

Dresden, 5. Juni. Der seit vorgestern hier anwesende kaiserlich-russische Staatskanzler Graf Nesselrode speiste heute an der königlichen Tafel zu Pillnig. — Vorgestern ist der Prinz Joseph Bonaparte (der älteste Sohn des Prinz Karl Lucian Bonaparte und der Prinzessin Zenaide, Tochter Joseph Napoleons) von Wien hier eingetroffen und im „Hotel de Saxe“ abgestiegen. Derselbe hat im Laufe des gestrigen Tages die vorzüglichsten Kunstschatze der Residenz besichtigt und ist heut Vormittag nach Berlin abgereist. (Dresd. Z.)

Hannover, 4. Juni. Nachdem beide Kammern gestern ihre erste Sitzung nach der Vertagung gehalten hatten, wurden heute in der Sitzung der ersten Kammer die Anträge des Finanzausschusses zu den Ministerialschreiben wegen der Steuerungsbeihilfen und wegen Modifikation des Zollstrafgesetzes angenommen, desgleichen die drei ersten Anträge zu dem Einnahmebudget.

Rußland.

P. C. Warschau, 2. Juni. Gestern ist in allen Kirchen, nach Abhaltung des Gottesdienstes, das kaiserliche Manifest in Bezug auf die für den Monat August anberaumte Krönung des Kaisers Alexander verlesen worden.

[Ueber die Begnadigung Bakunin's] meldet eine pariser Korrespondenz der Nat.-Ztg.: „Murawiew, der Besieger von Kars, der Dheim des Gefangenen von mütterlicher Seite, hat bei dem Kai-

ser nicht um die Begnadigung, sondern um eine Erleichterung der Haft angehalten. Der Kaiser beilligte sich, dies Gesuch „in Betracht der außerordentlichen Dienste, welche der Wittsteller Rusland geleistet hat“, zu gewähren. Bakunin befand sich in Schlüsselburg, doch nicht mehr in den ungesunden Kasematten, sondern in einem gut gehaltenen Gefängnis. Jetzt bewohnt er ein sehr „komfortables Appartement“, und werden ihm alle Bücher, Karten, Instrumente u. s. w., die er wünscht, verabfolgt. In Petersburg zweifelt man nicht, daß seine förmliche Begnadigung demnächst erfolgen wird.“ — Michael Bakunin ist der Sohn eines Gutsbesizers im russischen Gouvernement Iwer, er wurde 1814 geboren, im petersburger Kadettenhause erzogen und nahm als Fähnrich der Garde-Artillerie seinen Abschied. In den Jahren 1841 und 1842 beschäftigte er sich in Berlin und Dresden mit Philosophie, arbeitete an Ruge's „Deutschen Jahrbüchern“, ging 1843 nach Paris, wo er mit den Polen, und dann nach der Schweiz, wo er mit den Kommunisten verkehrte. Nachdem sein Vermögen in Rußland konfiszirt worden, da er der Aufforderung zur Rückkehr dahin nicht Folge geleistet, und nachdem er 1847 wegen einer auf dem Polenbanke zu Paris gehaltenen Rede von dort ausgewiesen war, hielt er sich, da die russische Regierung einen Preis auf seine Auslieferung gesetzt hatte, bis zur Februar-Revolution in Brüssel verborgen, wohnte im Juni 1848 dem Slawen-Kongress bei, tauchte dann bald in Berlin (von wo er im Oktober ausgewiesen wurde), bald in Dresden, Dessau, Köthen auf und theilte sich schließlich an dem dreidener Mai-Aufstande von 1849, nach dessen Niederwerfung er in Chemnitz verhaftet wurde. Er wurde 1850 in Sachsen zum Tode verurtheilt, dann zu lebenslänglicher Haft begnadigt, später aber an Oesterreich und von diesem wieder an Rußland ausgeliefert.

Frankreich.

Paris, 3. Juni. Die hiesigen offiziellen Blätter nehmen auf höhere Weisung den Kampf gegen die belgische Pressefreiheit zeitweise immer von Neuem auf. Die „Patrie“, das „Pays“ und der „Constitutionnel“ berufen sich heute gleichzeitig auf ihnen angeblich zugegangene brüsseler Korrespondenzen, in denen von einem Aufrufe zur Empörung an die Italiener die Rede sei, welchen Victor Hugo in gewissen belgischen Blättern veröffentlicht habe. (Diese Blätter selbst gelangen natürlich nicht über die französische Grenze). Das genannte revolutionäre Attentat sei in der heftigsten Sprache abgefaßt. Hieran schließt sich dann das gewöhnliche Cauterium censeo. Die belgischen Zeitungen, welche dergleichen mittheilen, seien zwar nicht gerade reich an Abonnenten und lägen auch nicht an allen öffentlichen Orten aus; würden sie aber nicht verfolgt und gestraft, so sei das ein Beweis, daß das belgische Pressegesetz ohnmächtig sei, und man müsse hoffen, daß die belgische Regierung endlich ihre Pflicht erkennen werde, dasselbe zu ändern. Es ist nicht zu bezweifeln, daß mit diesen offiziellen Aeußerungen fortwährende diplomatische Vorstellungen in Brüssel Hand in Hand gehen; man hofft um so eher zum Ziele zu kommen, als die Furcht vor diesen Drohungen in Belgien bereits auf die Wahlen Einfluß zu üben beginnt, und die Erfolge der kirchlichen Partei wesentlich fördert. Wenn Graf Malowski sich dann und wann leere Worte gestattet hat, so war doch seine Antändigung, daß er die europäische Pressepolizei in die Hand zu nehmen gedente, durchaus ernstlich gemeint, und es wird an dem Versuche einer allmählichen systematischen Durchführung sicher nicht fehlen.

Die Nachrichten über den Fortgang der Ueberschwemmungen stehen hier fortwährend in erster Linie. Die lyoner Blätter bringen fortwährend die düstersten Schilderungen. Die Zahl der eingestürzten Häuser beträgt danach mindestens 300, und der Schaden ist unbedenkbar. Wenigstens 20,000 Menschen sind in Lyon ohne Obdach; die Zahl der Umgekommenen läßt sich noch nicht feststellen. Der Wohlthätigkeitsstiftung äußert sich in erfreulichster Weise. Eine Subskription für die Ueberschwemmten war in Lyon sofort eröffnet worden, und hatte in kurzer Zeit eine bedeutende Summe aufgebracht. Die obdachlosen Bewohner hatte man vorläufig in den Forts untergebracht und zahlreiche Betten dahingeschafft. — Aus Marseille wird vom 2. Juni gemeldet: „Die Rhone hat alle Ebenen rechts und links gegen Nismes und Arles zu überschwemmt und die Eisenbahn zwischen Tarascon und Arles auf mehreren Punkten unterbrochen. Der über den Fluß führende Viadukt widerstand glücklicherweise und unterhielt die Kommunikation beider Ufer. Ueberall haben die Behörden Sicherheitsmaßregeln getroffen und Truppen zur Beschleunigung der erforderlichen Arbeiten abgeordnet.“

Ueber die Reise des Kaisers, meldet der gestrige „Moniteur“: „Der Kaiser ist heute (2. Juni) früh 7 Uhr, unter dem lauten Bipatrusen der Menge, die sich von seinem Hotel bis zum Bahnhofe drängte, von Dijon abgereist. Zu Lyon angelangt, verließ der Kaiser, von dem Bauteurminister, dem Marshall Castellane, dem Präfecten Senator Baille etc. begleitet, um 11 1/2 Uhr zu Pferde das Hotel de l'Europe, um die am schwersten von der Ueberschwemmung betroffenen Stadttheile zu besuchen. Er durchritt dieselben im Schritt und besichtigte auch die Drefchen in den beiden Rhonedeltaen, durch welche die Fluth hereinbrach. Der Kaiser dehnte seine Tour bis zu Bürgermeisterei von la Guillotière aus und kehrte um 2 1/2 Uhr in sein Hotel zurück. Wiederholt mußte er Strecken durchreiten, die das Wasser noch bedeckte. Von der Bevölkerung wurde er mit unaufhörlichen Bivats begrüßt. Sichtlich bewegt vertheilte der Kaiser persönlich zahlreiche Spenden an die ihn umdrängenden Opfer der Ueberschwemmung. Später begab sich der Kaiser nach dem Lager von Sathonay. Morgen früh um 7 Uhr wird er nach Valence abreisen.“ Der „Moniteur“ fügt bei, daß der Kaiser dem Präfecten des Rhone-Departements 100,000 und dem Präfecten des Nere-Departements 25,000 Fr. zur Vertheilung unter die am härtesten durch die Ueberschwemmungen betroffenen armen Familien hat zu stellen lassen.

Nach neueren Nachrichten kam der Kaiser heute Mittag in Avignon

an, von wo er Abends nach Lyon zurückkehren wird; morgen wird er wieder in Paris erwartet. Der Kaiser fuhr zu Schiffe in Voignon ein; zwei Drittel dieser Stadt standen noch unter Wasser, und auch der Postdienst mußte zu Schiff besorgt werden. — Die letzten Depeschen aus Lyon melden, daß die Rhone dort heute Morgens um 6 Uhr um 52 Centimetres gefallen war, doch überstieg sie den gewöhnlichen Stand noch um 3 Meter. — Der gesetzgebende Körper hat, wie gemeldet, gestern einstimmig der Regierung einen Kredit von 2 Millionen für die Ueberschwemmten bewilligt. — Ueber das Fallissement des Herrn Place vernehme ich, daß der Herzog von Galliera mit 6 Millionen, Graf Morny mit 900,000 Fr. beteiligt ist, die übrigen Gläubiger nur mit geringen Summen; der Creditmobiler verliert nichts. Wie Sie sehen, war meine neuliche Angabe richtig, daß das ganze Defizit nur 7—8 Mill. beträgt, nicht 18, wie die ersten Gerüchte besagten.

Großbritannien.

In der Unterhaus-Sitzung vom 2. Juni erklärte auf eine bezügliche Anfrage Lord Palmerston: Der Congress hat keine derartigen Instruktionen entworfen, vielmehr bloß die Ernennung von Kommissaren seitens der türkischen, englischen, französischen und österreichischen Regierung beschlossen, welche sich nach der Moldau und Wallachei begeben und sich dort mit gewissen von der Pforte einzuberufenden und mit dem Namen „Divans“ belegten Kammern benehmen sollen, um zu einem Einverständnis über die beste Regierungsform für die Donau-Fürstenthümer zu gelangen. Es ist Sache jeder einzelnen der vorerwähnten Regierungen, ihrem Kommissar die Instruktionen zu erteilen, welche sie für passend erachtet. So viel jedoch kann ich sagen, daß die Kommissare ihre Thätigkeit in den Fürstenthümern nicht eher antreten werden, als bis die Divans einberufen sind, und es ist die Meinung der Regierung Ihre Majestät, so wie der französischen Regierung, daß nicht eher vorläufige Schritte, z. B. die Wahlen für die Divans, gethan werden, als bis die Donau-Fürstenthümer von allen fremden Truppen geräumt sind. Das aber ist bis jetzt noch nicht geschehen. Die österr. Truppen stehen noch immer dort, und die Russen haben jenen Theil Bessarabiens inne, welcher der Moldau einverleibt werden soll und welchen sie nicht eher räumen können, als bis die Grenzlinie genau festgelegt ist. Roebuck: Steht der Vorlegung der Instruktionen des britischen Kommissars etwas im Wege? Lord Palmerston: Eine solche Vorlegung von Instruktionen ist nicht gebräuchlich. Das Haus verlangt gewöhnlich zu wissen, was in Folge von Instruktionen gethan wird. Es können jedoch offenbar Umstände eintreten, welche bewirken, daß den bereits erteilten Instruktionen in Bezug auf einzelne Punkte keine Folge gegeben werden kann. — J. Macgregor lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die gegenwärtige Lage Griechenlands, wobei er zuvörderst hervorhebt, daß dieser Gegenstand in naher Beziehung zu den im Parlamente verhandelten Finanzfragen stehe, indem die schlechte griechische Finanzwirtschaft England mit 47,000 Pfd. belaste, die es jährlich an Zinsen für die griechische Anleihe zahlen müsse. Der gegenwärtige Vice-König von Irland (Lord Carlisle), der vor Kurzem den Orient besucht habe, erkläre die griechische Regierung für die elendeste, verderbteste und verächtlichste, die je der Fluch einer Nation gewesen sei. Ebenso im Jahre 1845 Lord Aberdeen. Durch die Thätigkeit der Diplomatie habe sich während der letzten elf Jahre in der Lage Griechenlands nichts geändert; sie sei vielmehr noch immer dieselbe, als welche sie Lord Aberdeen im Jahre 1845 beschrieb. Seit Beginn des Krieges mit Rußland jedoch habe der an der Spitze der englischen Regierung stehende edle Lord vom Piræus militärisch Befehl ergriffen, und er (der Redner) verlange nun zu wissen, was das Ergebnis dieser militärischen Okkupation sei. Hoffentlich werde der edle Lord sich darüber aussprechen, welche Politik oder welchen Zwang er jener winzigen Regierung gegenüber anzuwenden gedenke. Die Nothwendigkeit, Zwangsmaßnahmen eintreten zu lassen, sei jetzt vorhanden, und er hoffe, daß man Zwangsmaßnahmen zu bestimmten Zwecken anwenden werde, um der Selbstverleumdung und Korruption der griechischen Regierung Einhalt zu thun. — Palmerston: Was die Lage Griechenlands im Allgemeinen anbelangt, so habe ich meinen von dem geehrten Vordenner citirten früheren Ausdrücken nichts hinzuzufügen. Leider hat das von der griechischen Regierung seitdem beobachtete Verfahren alle tadelnden Bemerkungen, welche ich in dieser Hinsicht gemacht habe, bestätigt. Die Occupation Griechenlands durch Detachements französischer und britischer Truppen fand statt in Folge von Angriffen auf das türkische Gebiet, die von der griechischen Regierung entweder veranlaßt worden waren, oder doch von ihr begünstigt wurden. Die Regierungen Englands und Frankreichs waren mit Recht der Meinung, daß während sie in einem Kriege mit Rußland zur Vertheidigung des türkischen Gebietes begriffen waren, es nicht in der Ordnung sei, daß ein kleiner Staat, wie Griechenland, der ganz besonders die Verpflichtung habe, sich neutral zu verhalten, auf der einen Seite den Staat angriffe, welchen die englische und die französische Regierung, auf der anderen Seite gegen die Angriffe einer größeren Macht vertheidigten. Aus diesem Grunde ward der Piræus besetzt, und während der Occupation unterblieben die Angriffe, durch welche sie veranlaßt worden war. Ich wollte, ich könnte sagen, daß die Occupation eine Verbesserung in dem Regierungssystem und in der inneren Ruhe des Landes bewirkt habe. Ich kann das aber nicht sagen. In dem Regierungssystem hat sich nichts geändert und das Häuberwesen dauert noch immer fort. Seit der Thronbesteigung des Königs Otto ist die Regierung und die Hofpartei stets in Konflikt mit dem Repräsentationssystem gewesen. Als die drei verbündeten Mächte England, Frankreich und Rußland mit der Türkei jenes Abkommen trafen, durch welches das Gebiet, das jetzt das Königreich Griechenland bildet, für unabhängig erklärt wurde, ließen sie eine Proklamation an die Griechen ergehen, in welcher sie ihnen eine Repräsentativ-Regierung versprochen. Die Einführung derselben ward bis zur Großjährigkeit des Königs verschoben, welcher seine Verbindlichkeiten umging, als er ihnen nachkommen sollte. Im Jahre 1843 endlich brach ein Aufstand aus, welcher von dem Könige jene Repräsentativ-Berfassung erzwang, gegen die er sich sträubte, und von jener Zeit an bis zu dem gegenwärtigen Augenblicke hat sich fortwährend das Bestreben kund gegeben, sich die Verfassung durch indirekte Mittel vom Halbe zu schaffen. Das Geld, welches zur Zahlung der griechischen Schuld hätte verwandt werden sollen, ward zur Befriedung der Wähler und der Gewählten benutzt, so daß das griechische Parlament ein bloßer Schatten war. Was die Zahlung der Schuld angeht, so war die Gewährleistung eine gemeinsame von Seiten Englands, Frankreichs und Rußlands. Deshalb ist auch stets der Gewandtschaft beobachtet worden, daß keine einzelne Macht das Recht habe, ohne Mitwirkung der beiden anderen ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen, da es offenbar ist, daß, wenn der Ueberschuß der Einkünfte nur zur Zahlung eines Drittels der Schuld genügt, und eine der drei Mächte das Ganze nähme, die anderen beiden leer ausgehen würden. So wenigstens hat die englische Regierung die Sache stets aufgefaßt. Was die Politik betrifft, welche im Verein mit Frankreich und Rußland einzuschlagen, England für passend haltend mag, so wird der ehrenwerthe Herr wohlhinsehen, daß ich mich darüber hier nicht aussprechen kann. — Im Subsidiar-Komitee wird hierauf eine Anzahl Posten für den Civildienst votirt.

Spanien.

Madrid, 2. Juni. Die „Gazeta“ veröffentlicht die Anekdote des bayerischen Abgesandten, Grafen Waldkirch, der in feierlicher Audienz im Namen seines Soveräns um die Hand der Schwester des Königs für den Prinzen Adalbert von Baiern anhielt. Die Königin erteilte eine befriedigende Antwort. — Die Cortes haben einstimmig erklärt, mit der Credit-Operation der Regierung bezüglich der Amortisirung der 200 Millionen der schwebenden Schuld zufrieden zu sein. Ferner nahm die Diskussion über das Preßgesetz ihren Fortgang. Der Antrag des Herrn Coello, welcher Beleidigungen und Verleumdungen nicht vor die Jury, sondern vor die gewöhnlichen Gerichte verweist, wurde mit 139 Stimmen gegen 43 angenommen. Ebenso wurde die Beschlagnahme von Zeitungen ganz dem Ermessen der Regierung anheimgestellt, die jedoch binnen 24 Stunden die Anklage zu erheben hat.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 6. Juni. [Personalien.] Bekräftigt: Der Thierarzt G. Grün in Dhlau als Agent der Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft. Niederegelegt: Von dem Kaufmann Aron Simmel in Neumarkt die

von ihm zeither geführte Agentenschaft der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft der „Deutsche Phoenix“ in Frankfurt a. M. Bekräftigt: Die Votation für den bisherigen Lehrer in Krogullno, Kreis Dypeln, Julius Pohl, zum evangelischen Schullehrer in Städel, Kreis Namslau. Die Votation für den zeitberigen Lehrer zu Ober-Leutmannsdorf, Friedrich Dietrich, zum evangelischen Schullehrer in Nieder-Bogendorf, Kreis Schweidnitz. Die Votation für den bisherigen Hilfslehrer in Langenbielau, Adolph Bir, zum Lehrer an der evangelischen Elementarschule zu Frankenstein. Die Votation für den bisherigen interimistischen Lehrer Karl Gottlieb Klmsch zum evangelischen Schullehrer in Koberwitz, Kreis Breslau. Die Votation für den bisherigen Pastor zu Niedersdorf, Karl Adolph Schwarzkopf, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Nieder-Hartmannsdorf, Kreis Sagan. Die Votation für den bisherigen Pfarrvikar Samuel Eduard Storch in Günthersdorf, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Pomben, Kreis Jauer. Erledigte Schullehre: Durch den Tod des Schullehrers Johann Gottlob John zu Nieder-Peilau-Schlössel ist die dortige Schullehrerstelle erledigt worden. Das Einkommen derselben beträgt circa 232 Thlr. Patron ist der Nittergutsbesitzer, Kreisrichter Napprecht zu Peilau. Bermächtniß: Der zu Freiburg verorbene Partikulier Reinisch hat der evangelischen Schule in Ober-Salzbrunn 200 Thlr. legatwillig zugewendet.

o o Langenbielau. Vor einiger Zeit waren fast in jeder Nr. Ihres Blattes aus den verschiedenen Orten der Provinz Berichte über Armen-Speise-Anstalten oder sonstige Einrichtungen zur Linderung der Noth unter den arbeitenden Klassen zu finden; wenn nun von hier aus derartige Mittheilungen noch nicht erfolgt sind, so darf doch keineswegs gefolgert werden, daß hier nichts der Art geschehen sei. Im Gegentheil! Denn, da die hiesige Gemeinde, außer einem seit Jahrzehnten mühsam aufgesammelten Armenfonds von ca. 3000 Thlr., durchaus kein Kommunal-Vermögen besitzt, noch weniger Stiftungen zu Armen-Zwecken, so daß also für jegliche Kommunal- und Armenbedürfnisse, welche von Jahr zu Jahr eine erhebliche Steigerung erfahren haben, die Geldbeutel der steuerfähigen Gemeinde-Glieder erhalten müssen; ist doch seit dem Jahre 1846 durch die damals für Langenbielau eigens gegebene Gemeinde-Berfassung hier eine geregelte Armenpflege eingeführt, wie sie wohl nur in wenig Landgemeinden anzutreffen sein dürfte. Ist nun schon auf diesem Wege der Bedrängniß vielseitig gesteuert worden, so hat doch bei der schon so lange dauernden Zehrung die Verarmung immer mehr zugenommen und ist namentlich im Winter, wo die mancherlei Arbeiten im Freien sistirt werden müssen, die Masse der Hilfsbedürftigen so groß, daß die der Armen-Verwaltung zur Verfügung stehenden Mittel natürlich bei weitem nicht ausreichten. Die Privatwohlthätigkeit wird daher in dieser Jahreszeit noch im stärksten Maße in Anspruch genommen und, Dank einer großen Anzahl hiesiger Bewohner, die im Geben nie ermüden, sind recht schwierige Perioden der Drangsal ohne jene nachtheiligen Folgen, wie sie anderwärts vorgekommen, überwunden worden. Inseß überzeugte man sich auch bei uns, daß Geld-Unterstützungen in den meisten Fällen keine gute Verwendung finden; auf Anregung einiger unserer achtbarsten Mitbürger wurden daher schon im Winter 1854—55 Suppen-Anstalten ins Leben gerufen und die dazu erforderlichen Geldmittel durch freiwillige Beiträge, die von vielen unserer bemittelten Einwohner in reichlichem Maße gezeichnet wurden, aufgebracht.

Beim Eintritt der Wintermonate von 1855—56 sollte die als bewährt erachtete Einrichtung des vorangegangenen Winters in gleicher Weise wieder ins Leben gerufen werden, da jedoch die Zahl der freiwilligen Geber wie überall, so auch hier auf bestimmte, stets zum Wohlthun bereit Personen sich beschränkte, während andere, mitunter oft besser Situirte mit ihren Gaben entweder sehr zurückhalten, oder wohl gar in solchen Fällen sich ganz indifferent zeigen, so beschloß unsere Gemeinde-Verordneten-Versammlung, die Errichtung von Suppen-Anstalten zur kommunal-Sache zu machen und bewilligte der Armenkommission zur Ausführung die erforderlichen Geldmittel unter der Maßgabe, daß die Suppen-Vertheilung nicht wie früher durchgehends, sondern nur bei notorisch ganz Verarmten unentgeltlich, außerdem aber nach dem Ermessen der Armen-Kommission gegen den halben oder ganzen Kostenpreis erfolgen solle. — So wie schon im vorherigen Winter durch die stets bereitwillige Munificenz unseres Gutsheeren, des Hrn. Grafen v. Sandreczky Excellenz, den hiesigen Suppen-Anstalten eine recht erhebliche Hilfe durch Schenkungen theils in baarem Gelde, theils in Feuerungs-Material zu Theil geworden, wofür demselben der wärmste Dank gebührt, so hat die Gutsbescherft, als in den hiesigen Orts-Armen-Verband gehörig, auch in diesem Winter noch größere Beiträge leisten müssen, ohne daß dieselbe trotz dieser sehr namhaften Verpflichtungen sich veranlaßt gefunden hat, ihrer rühmlich bekannten Privat-Wohlthätigkeit irgendetwas Schranken zu setzen. Nicht minder können wir unter dankender Anerkennung unerwähnt lassen, daß auch unser verehrter Hr. Landrath den bezüglichen hiesigen Einrichtungen nicht allein seine volle Aufmerksamkeit zugewendet, sondern die drückenden Lasten unserer Armenpflege durch gütige Ueberweisung von 10 Stnen. sehr schönen Roggenschrotmehles aus den Militär-Magazinen und 1/2 Tonne Salz zu erleichtern gesucht hat.

Die hier zur Vertheilung gekommenen Suppen bestanden in einer sehr kräftigen Fleischbrühe, abwechselnd verbunden mit Bohnen- oder Gerstkenmehl, Gries oder Erbsen, und hineingeschnittenem Brodte und Wurzelwerk, also einer eben so nahrhaften wie schmackhaften Kost und stellte sich der Preis dafür in diesem Winter auf 5 Pf. pro preuß. Quart. Dieser billige Preis wurde theils durch vortheilhafte Einkäufe, theils dadurch erzielt, daß die mit der Verwaltung der Suppen-Anstalten und der Bereitung der Suppen betrauten Personen ihre Funktionen mit großen Opfern an Mühe und Zeit unentgeltlich verrichtet haben, ebenso für die benötigten Lokalien keinerlei Ausgaben erwachsen sind, wodurch die Betreffenden sich die gerechtesten Ansprüche auf die Dankbarkeit der gesammten Gemeinde erworben haben, welcher wir hiermit zugleich in deren Namen öffentlich Ausdruck verliehen haben wollen.

In dem Winter von 1854—55 wurden 43,862 Portionen Suppe gratis vertheilt, und vom 15. Januar bis 5. April d. J. sind: unentgeltlich 9803 gegen den ganzen Kostenpreis à 5 Pf. 213 gegen den halben Kostenpreis à 3 Pf. 16,884

zusammen 26,900 Portionen verabreicht worden; ein beim Schlusse der Vertheilung noch übrig gebliebener Bestand an Brodt wurde den Bedürftigsten noch besonders zugewiesen.

Die bedeutende Differenz der Portionenanzahl in den beiden Vertheilungs-Perioden hat einerseits darin ihren Grund, daß im Winter von 1854—55 die Suppen-Anstalten längere Zeit hindurch als in diesem Winter in Thätigkeit waren, zum Andern aber auch der Andrang und die Berücksichtigung der Empfangenden bei weitem größer war, weil die Vertheilung damals unentgeltlich erfolgte und ein Privat-Verein nach anderen Prinzipien als die Organe einer Kommunal-Behörde handeln kann.

Wir vermögen diesen Bericht nicht zu schließen, ohne noch dessen Erwähnung zu thun, daß trotz der hier herrschenden großen Noth die öffentliche Sicherheit in den letzten Jahren bei weitem weniger gefährdet gewesen ist, als dies an andern Orten der Fall war; größere Verbrechen aber gar nicht vorgekommen sind.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungs-Nachrichten zc. [Entscheidungen des Obergerichtsbureau's.] Ein Arzt, Preuze und in Preußen wohnhaft, hatte von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin den Titel „Sanitätsrath“ er. Königl. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin“ erhalten. Die von ihm bei des Königs Majestät nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme dieses ihm verliehenen Titels ist nicht bewilligt, und es ist ihm dies bekannt gemacht. Er hat sich jedoch nachher dieses Titels gleichwohl bedient und ihn seiner Unterschrift beigefügt. Der Appellationsrichter sprach ihn jedoch von der Anklage frei, weil derselbe den Titel nicht unbefugt angenommen habe, das Bedienen ausländischer Titel ohne Genehmigung des Königs aber mit Strafe nicht bedroht sei. Auf eine Erörterung des in zweiter Instanz erhobenen Einwandes des Angeklagten, daß er zugleich mecklenburgischer Staatsbürger und Unterthan sei, ist aus diesem Grunde gar nicht eingegangen. Auf die Beschwerde des Oberstaatsanwalts ist von dem Ober-Tribunal vernichtet und auf Zurückweisung der Sache in die zweite Instanz zur thatfächlichen Erörterung dieses Einwandes erkannt worden, weil es zu den wesentlichen Hoheitsrechten, zu den Majestätsrechten gehört, Standserhöhungen, Staatsämter und Würden zu verleihen; das Verhältniß souveräner, von einander unabhängiger Staaten es nach den Grundsätzen des Völkerrechts mit sich bringt, daß die Ausübung solcher Hoheitsrechte sich nur auf die eigenen Angehörigen eines jeden Staates erstreckt, und deshalb auch kein Unterthan, von einer fremden Macht, ohne Erlaubniß seines Landesherren, Standserhöhungen, Rang, Titel oder Charakter und Orden annehmen oder führen dürfe.

— Das Kammergericht fällt kürzlich hinsichtlich der Haftbarkeit der Frachtführer in Steuerfachen eine prinzipielle Entscheidung. Es faßt nämlich daselbst auch eine Reihe von Anlagen wegen Steuerdefraudation zur Entscheidung, die sämtlich gegen Packmeister der kettiner Eisenbahn gerichtet waren. Die Angeklagten hatten in allen Fällen Eisenbahnzüge als Packmeister begleitet und waren mit diesen Zügen Güter (Kisten) mit falscher Inhaltsangabe hierhergelangt. Es wurden nämlich in allen zur Anlage gestellten Fällen in den Kisten, neben den angegebenen steuerfreien Waaren, noch: Hasen, Schinken, Mehl, Stärke zc. vorgefunden und wurde deshalb gegen die Führer dieser Waaren, als welche die Packmeister betrachtet wurden, Anklage erhoben, auf Grund des § 15 des Mahl- und Schlachtsteuergesetzes. Der erste Richter hatte in allen Fällen das Nichtschuldige ausgesprochen, indem er ausführte, daß die Angeklagten sich nicht strafbar gemacht haben könnten, weil es für sie eine vollständige Unmöglichkeit sei, sich von dem Inhalt der Kisten zu überzeugen, daß sie sich vielmehr nur nach dem beifolgenden Frachtbriefe richten könnten. Auf Ansuchen der Steuerbehörde, welche zwar der Ansicht ist, daß die Angeklagten unschuldig seien, dennoch aber meint, daß sie, da eine Steuerdefraudation vorliege, bestraft werden müßten, hatte der Polizei-Anwalt gegen das erste Erkenntniß appellirt und ausgeführt, daß die Angeklagten als die Einführer der Güter zu betrachten seien und nach den Worten des Gesetzes für die Defraudation haften müßten. Dieser Ansicht trat der Staatsanwalt beim Kammergericht insofern nicht bei. Er führte aus, daß in diesem Falle zu erwägen sei, daß die Angeklagten sich gar nicht in der Möglichkeit befunden hätten, eine richtige Deklaration zu geben. Diese Unmöglichkeit sei nachgewiesen und es sei ferner nachgewiesen, daß die Angeklagten die Güter der Steuerbehörde ausdrücklich zur Revision gestellt, mithin sie gethan hätten, was sie thun konnten. Deshalb könne von einer Strafe gegen sie nicht die Rede sein. Das Kammergericht trat dieser Ansicht bei; es bestätigte das freisprechende Erkenntniß, indem es die Ansicht des ersten Richters für begründet erachtete und ausführte, daß die Angeklagten, ohne sich strafbar zu machen, von dem Inhalte der Kisten sich gar keine Kenntniß verschaffen konnten. Eben so wurde ausdrücklich erklärt, daß der Gerichtshof der Ansicht der Steuerbehörde nicht beitreten könne.

C. B. Es ist kürzlich der Fall vorgekommen, daß ein zum Tode Verurtheilter gegen seine Hinrichtung protestirte, weil er noch die Verurtheilung wegen eines von ihm begangenen Diebstahls erwarten wolle. Er legte sogar die Nichtigkeitsbeschwerde deshalb ein und gelangte so die Entscheidung des seltsamen Falles an des Obergerichtsbureau's. Das letztere entschied jedoch, daß, abgesehen davon, daß kein Verbrechen ein Recht habe, seine Verurtheilung zu beantragen, wegen mehrerer von ihm begangener strafbarer Handlungen, welche conner sind, die schwerere der verwirkten Strafen erfolgen müsse. Wo das Gesetz aber eine Summirung der verwirkten Strafen ausdrücklich vorschreibt, müßten dieselben gleichartig sein. Die Todesstrafe schließe die Freiheitsstrafe aus, da sie, wenn letztere vollstreckt werden sollte, suspendirt werden müßte, wozu der Richter jedoch nicht befugt sei.

Berliner Börse vom 5. Juni 1856.

Table with market data including Fonds-Course, Aktien-Course, and Wechsel-Course. It lists various securities and exchange rates with their respective values and changes.

Der Verkehr in Eisenbahn-Aktien war ziemlich belebt, die Course derselben größtentheils matter und französisch-österreichische merklich niedriger; dagegen waren Freiburger und besonders Obergieselsche gefragt und wurden höher bezahlt. Von Wechseln stellten sich Amsterdam in beiden Sichten, so wie Wien niedriger, Augsburg, Frankfurt und Petersburg besser.

In der 22sten Ziehung der kurbessischen 40 Thlr. Obligationen am 2. Juni 1846 wurden folgende Serien gezogen: Nr. 93, 248, 469, 873, 1192, 1283, 1335, 1493, 1907, 2091, 2113, 3244, 3270, 3369, 3377, 3724, 3946, 3967, 4025, 4146, 4393, 4758, 4814, 5047, 5326, 5544, 5753, 5967, 6170, 6452. Die Prämien-Ziehung findet am 1. Juli 1856 statt.

Stettin, 5. Juni. Weizen etwas fester, loco gelber 81—90 Pfd. 90 Thlr. bez., 83—84 Pfd. pro 90 Pfd. 94—95 Thlr. bez., 86—90 Pfd. 96 Thaler bez., 88—89 Pfd. 100 Thlr. Gd. und bez., 88—89 Pfd. pro Juni 100 Thaler Gd., 88—89 Pfd. pro Juni-Juli 100 Thlr. bez. Roggen fest und höher bez., loco russischer pro 82 Pfd. 72 Thaler bez., do. frei Speicher 74 Thlr. bez., schwed. und dänischer 81—82 Pfd. nach Qual. 74, 74 1/2 Thaler bez., 82 Pfd. 74 1/2 Thaler bez., 84—82 Pfd. 76 1/2 Thlr. bez., 82 Pfd. pro Juni 69, 69 1/2 Thaler bez. und Gd., 70 Thlr. Dr., pro Juni-Juli 64, 64 1/2, 64 Thlr. bez. und Gd., 65 Thlr. Dr., pro Juli-August 66 1/2 Thaler bez. und Gd., pro August-Sept. 57 1/2 Thlr. bez., pro Sept.-Okt. 56 Thlr. bez. Gerste unverändert, 57, 57 1/2 Thaler pro 75 Pfd. loco bez., schwedische 75 Pfd. 56 1/2 Thaler. Hafer stille, loco 52—53 Pfd. pro 52 Pfd. 38 Thlr. bez., emdener pro 52 Pfd. 39 1/2 Thlr. bez., 50—52 Pfd. pro Juni 36, 36 1/2 Thlr. bez. Erbsen loco nach Qual. 74 1/2—80 Thlr. bez. In Hüböl wenig Umsatz, loco 14 1/2 Thlr. bez. und Dr., pro Juni 14 1/2 Thlr. Dr., pro Juli-August 14 1/2 Thlr. bez. und Dr., pro Sept.-Okt. 14 1/2 Thlr. Dr., 14 1/2 Thlr. Gd. Spiritus fest, loco eine Kleinigkeit ohne Faß 10 1/2 % bez., 1/2 % Geld, pro Juni 11 % bez. und Gd., pro Juni-Juli 11 1/2 %, 11 % bez. und Gd., pro Juli-August 11 1/2 %, 11 % bez. und Geld, pro August 11 % bez., pro August-Sept. 11 1/2 % bez., pro Sept.-Okt. 11 1/2 % bez. und Gd.

Breslau, 6. Juni. [Produktenmarkt.] Getreidemarkt bei guter Kaufkraft fest in Preisen, Forderungen etwas höher; besonders begehrt schwerer Roggen, Gerste und Mais. Weizen weißer besser 140—148 Sgr., guter 125—130—135 Sgr., mittler und ord. 95—100—120 Sgr., gelber besser 130—135—140 Sgr., guter 110 bis 125 Sgr., mittl. und ord. 85—95—100 Sgr., Brennweizen 60—80 Sgr. nach Qualität. — Roggen 87 Pfd. 107—109 Sgr., 86 Pfd. 105—106 Sgr., 85 Pfd. 103—104 Sgr., 84 Pfd. 101—102 Sgr., 83 Pfd. 97—99 Sgr., 82 Pfd. 94—96 Sgr. — Gerste 68—78—84 Sgr. — Hafer 38—45 Sgr. nach Qual. und Gewicht. — Erbsen 100—110 Sgr. — Wintererbsen 138—140 Sgr. Sommererbsen und Sommererbsen 100—115—120 Sgr. Kleesaat: rothe hochfeine 21—22 Thlr., feine und feinstmittle 19 1/2 bis 20 1/2 Thlr., mittl. 17 1/2—19 Thlr., ord. 13—15—17 Thlr., hochfeine weiße Saat 23—24 Thlr., feine und feinstmittle 20—22 Thlr., mittl. 17 1/2 bis 19 1/2 Thlr., ord. 11—13—15 Thlr. nach Qualität. Thymothee 5—6 Thlr. pro Centner.